

Arm, erwerbstätig und prekariert

⇒ Einleitung

Armut lässt sich als Mangel an sozialer Sicherung verstehen. Betroffen ist, wer seine existenziellen Bedürfnisse kaum befriedigen kann. Dazu gehören genügend Mittel für den täglichen Bedarf: für das Essen, Wohnen und die Gesundheit. Ebenfalls wichtig ist der Zugang zu sozialen und kulturellen Einrichtungen. Kinder sollen ein Musikinstrument spielen dürfen, Eltern ab und zu ins Kino oder Theater gehen. Dies zumindest in reichen Ländern. In armen steht zunächst die materielle Existenzsicherung im Vordergrund. Wenn wir Armut absolut definieren, gilt eine feste Grenze für das Einkommen und für die Ausstattung. Der Bedarf hängt allerdings stark von der Lebenslage ab. Deshalb ist es sinnvoll, Armut auch relativ auf das zu beziehen, was den durchschnittlichen Lebensstandard ausmacht. Subjektiv spielt zudem das eigene Empfinden mit. Zum Beispiel das Gefühl, keine Perspektive zu haben, das auch viele Prekarierte kennen.

Wer erwerbstätig und arm ist, gilt als Working Poor. Mit betroffen sind Angehörige, die im gleichen Haushalt leben. In der Schweiz gehören, zusammen genommen, rund eine halbe Million dazu. Die gesamte Bevölkerung zählt knapp acht Millionen. Einzelne Statistiken weisen deutlich weniger Betroffene aus. Das Ausmass hängt offenbar von der Definition ab. Hier interessiert, was sich hinter nackten Zahlen verbirgt. Gemeint sind soziale Lagen von Working-Poor. Zudem Perspektiven, die aus einseitigen Abhängigkeiten führen. Und dies im Kontext einer Prekarisierung der Erwerbsarbeit, die sich auch bei vielen Working Poor manifestiert.

Der Begriff der Prekarität bezieht sich auf die Instabilität und die Fragilität von Situationen. Er reagiert auf die Verunsicherung gegenüber

der Zukunft und bündelt eine Vielfalt von Risiken, die zur Armut und zur Exklusion führen können. Eine Realität ist derzeit ein Arbeitsmarkt, der immer mehr Menschen ausschliesst. In diesem Kontext reicht die Prekarität weit über klar lokalisierbare Gruppen hinaus. Das Risi-

Ueli Mäder ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel, Co-Leiter des Seminars für Soziologie sowie des Nachdiplomstudiums in Konfliktanalysen. Er hat auch eine zusätzliche Professur an der Hochschule für Soziale Arbeit.

GDN: 121117170

ko zur Exklusion ist zwar ungleich verteilt. Die Prekarität erweist sich aber als grundlegendes Problem einer Gesellschaft, die sich stark an der Lohnarbeit orientiert. Sie bildet den Nährboden für ein neues Verhältnis zur sozialen Frage und unterscheidet sich grundlegend von jenem Phänomen, das die Zeit der prosperierenden Nachkriegsjahre kennzeichnete (Castel 2000).

⇒ 1 Deklassiert

Prekarität ist mit einem Gefühl sozialer Unsicherheit verbunden, das sich unter vielen gesellschaftlichen Schichten und Klassen verbreitet. Doch ist es fast paradox, die Frage nach Sicherheit und Geborgenheit in entwickelten Ländern wie den westlichen Wohlstandsgesellschaften so zu stellen. Denn wir leben in relativ gut gesicherten Verhältnissen, die zuvor kaum existierten. Es handelt sich also allem Anschein nach um eine exklusive Suche ohne Ende: Die Suche nach Sicherheit kann jedenfalls unendlich sein. Und sie ruft damit zwangsläufig immer weitere Mängel, Entbehrungen und Frustrationen hervor. Die Unsicherheit erweist sich so als Kehrseite einer Sicherheitsgesellschaft (vgl. Paugam 2000). Die modernen Gesellschaften scheinen auf unsicherem Boden zu stehen. Das liegt auch daran, dass die Individuen nur beschränkt in der Lage sind, in sich selbst und in ihrem sozialen Umfeld die Fähigkeit zu entwickeln, für ihren Schutz zu sorgen.

Mit der Prekarität verbreitet sich ein diffuses Unbehagen. Pierre Bourdieu unterscheidet das lagebedingte Elend (*misère de condition*) vom positionsbedingten Elend (*misère de position*) (Bourdieu 1993). Mit Hilfe zahlreicher verstehender Interviews mit Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus stellte er fest, dass die aus alltäglichem Leiden resultierende kleine Not mit der Erfahrung von gesellschaftlicher Minderwertigkeit einhergeht und im Gefühl der Individuen zum Ausdruck kommt, innerhalb des jeweiligen sozialen Bezugsrahmens nicht genügend Anerkennung und Wertschätzung zu erfahren. Das positionsbedingte Elend bezieht sich auf die Perspektive jener, die es unmittelbar erfahren. Sie bleiben dabei in den Grenzen des Mikrokosmos gefangen. Und so erscheint das Elend zwangsläufig als gänzlich relativ; ja sogar als völlig unreal, wenn man es aus der Perspektive des Makrokosmos betrachtet. Und der Vergleich mit dem grossen lagebedingten Elend wird häufig vorgenommen. Davon zeugen Redewendungen wie: Du kannst dich nicht beklagen. Oder: Es gibt Schlimmeres! Wer jedoch die grosse Not zum Mass aller Not erhebt, versagt sich, wesentliches Leiden wahrzunehmen und zu verstehen. Er übergeht ein Leid, das soziale Räume kennzeichnet. Und

dies im Rahmen grosser Ordnungen, die unzählige kleine Nöte begünstigen. So nährt sich etwa die Furcht vor Exklusion von der Angst vieler Individuen, nicht mehr zu genügen, anerkannt zu sein oder sogar als minderwertig betrachtet und ganz ausgeschlossen zu werden (vgl. Mäder/Schmassmann 2012).

Die Prekarität verweist auf zwei verschiedene Bedeutungen. Die erste ist der Mangel. Das Gefühl des Mangels bezieht sich auf das Nachlassen des Schutzes vor sozialen Risiken wie Armut und Arbeitslosigkeit. Die zweite Bedeutung verweist auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und dominante Formen der Herrschaft. Prekarität resultiert in der ersten Bedeutung aus dem Verlust sozialer Unterstützung. In der zweiten Bedeutung konstituiert sie sich aus einer gesellschaftlich zugeschriebenen Deklassierung. In dieser haben mannigfaltiges Leid und seelische Not ihren Ursprung. Dazu gehören der Verlust von Selbstvertrauen und das Gefühl von Nutzlosigkeit. In der einen wie der anderen Bedeutung handelt es sich um eine Bedrohung, die das Individuum und seine Angehörigen belasten. Beide Bedeutungen finden sich auch im Konzept beruflicher Prekarität. Wichtig ist dabei, ob das Verhältnis zur Beschäftigung oder das Verhältnis zur Arbeit als Grundlage der Analyse dient (Paugam 2000).

Das Verhältnis zur Beschäftigung verweist auf die Absicherungslogik des Wohlfahrtsstaats; das Verhältnis zur Arbeit auf die produktive Logik der Industriegesellschaft. Die Arbeitnehmenden sind in einer prekären Lage, wenn ihre Beschäftigung unsicher wird und sie ihre berufliche Zukunft nicht mehr überblicken können. Das ist der Fall bei Beschäftigten, die nur einen befristeten Arbeitsvertrag haben, aber auch bei denjenigen, die permanent von Kündigung bedroht sind. Diese Situation kennzeichnet sich durch eine starke ökonomische Verwundbarkeit und eine partielle Einschränkung der sozialen Rechte, zumal diese Rechte zum grossen Teil auf einer festen Beschäftigung beruhen. Den Arbeitnehmenden kommt aus diesem Grund nur eine untergeordnete Position in den sozialen Statuspositionen zu, wie sie der Wohlfahrtsstaat hierarchisch definiert. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Beschäftigung sprechen. Die Lage der Arbeitnehmenden ist aber ebenfalls prekär, wenn sie das Gefühl haben, dass ihre Arbeit nicht von Belang, schlecht bezahlt und innerhalb des Unternehmens wenig anerkannt ist. Erfährt ihr Beitrag zur gesellschaftlichen Produktion keine Wertschätzung, entwickeln sie das Gefühl, mehr oder weniger unnütz zu sein. In diesem Fall lässt sich von einer Prekarität der Arbeit sprechen. Diese beiden Dimensionen der Prekarität sind eng miteinander verknüpft und auch gemeinsam zu untersuchen. Sie verweisen auf tief greifende Wandlungen des Ar-

beitsmarktes und auf strukturelle Entwicklungen der Arbeitsorganisation, die Menschen auch mehr Flexibilität abverlangen.

⇒ 2 Weg definiert

Die Schweiz unterschätzt auch das Ausmass der Working-Poor. Sie definiert viele Betroffene einfach weg, indem sie Arbeitstätige mit einem Erwerbsgrad unter 90 Prozent sowie dazugehörige Kinder und weitere Haushaltsanghörige ignoriert. Sie vernachlässigt auch, wie viele Working-Poor auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf (erwerbstätige) Arme, die am meisten Chancen haben, sich im ersten Arbeitsmarkt durchzusetzen. Die Segmentierung der Klientel stigmatisiert sozial Benachteiligte. Die forcierte Integration (in prekarierte Arbeitsverhältnisse) führt oft zu einem Ausschluss. Vordringlich sind eine bessere Verteilung der Erwerbsarbeit und der Hausarbeit sowie existenzsichernde Grundlöhne und eine Ausweitung der sozialen Sicherung auf alle Haushalte. Für die Umsetzung dieser Forderungen ist genug Geld vorhanden. Was fehlt, ist der politische Wille. Das äussert sich auch darin, dass die Anteile der steigenden sozialen Ausgaben am Brutto-Inlandprodukt zurückgehen. Obwohl die Gesellschaft reicher wird, ist sie weniger bereit, Mittel für die soziale Sicherheit bereit zu stellen. Wenn sich der Reichtum weiter konzentriert und das politische Korrektiv aufweicht bzw. vereinnahmen lässt, dann erhöhen sich die Verunsicherung und die Gefahr, Auswege in autoritären Strategien zu suchen. Damit verschärft sich die soziale Brisanz. Sie unterläuft auch den gesellschaftlichen Wandel und die Solidarität.

Der Begriff Working-Poor stammt aus dem angelsächsischen Raum. Dort ist er seit den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts für Erwerbstätige in prekären Arbeitsverhältnissen gebräuchlich. In den neunziger Jahren wiesen auch in der Schweiz erste kantonale Armutsstudien auf die Existenz vieler Working-Poor hin (Mäder u. a. 1991). Das provozierte harsche Reaktionen. In der reichen Schweiz gibt es doch keine Working-Poor, so lautete der Tenor. Die Existenz von Working-Poor erhielt erst Ende der neunziger Jahre mehr Akzeptanz. Dies auch deshalb, weil die Schweiz damals eine wirtschaftliche Krise erlebte und die Zahl der Working-Poor weiter zunahm. In der Schweiz gehören 7,5 Prozent der 20 bis 59-jährigen Erwerbstätigen zu den Working-Poor. Das stellten wir in einer späteren Studie fest (Kutzner u. a. 2004). Sie leben unter dem Existenzminimum, das für eine Einzelperson nach Abzug der Wohn- und Gesundheitskosten rund 1.000 Schweizer Franken vorsieht. Werden die Haushaltsmit-

glieder einbezogen, steigt die Zahl der Betroffenen auf 553.000. Darunter befinden sich 232.000 Kinder. Der Anteil der Working-Poor erhöhte sich in den neunziger Jahren bei den Familien mit zwei und mehr Kindern von rund 11 Prozent auf 17 Prozent, bei den Alleinerziehenden von 15 Prozent auf 30 Prozent. Immer mehr sind auf Sozialhilfe angewiesen. Soweit unser Befund im Jahr 2004. Heute scheint sich die Situation verbessert zu haben, wie das Bundesamt für Statistik mit Bezug auf den konjunkturellen Aufschwung geltend macht (vgl. BFS 2011). Die Datenbasis bezieht sich allerdings auf die Jahre 2007 und 2008. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind in einer späteren Studie aufgenommen, die aber auf ganz anderen Erhebungen basiert und nicht vergleichbar ist (vgl. BFS 2012). Die Berechnungen übergehen jedenfalls zahlreiche Menschen, die von den niedrigen Einkommen mitbetroffen sind.

Die Quote der Working-Poor betrug im Jahre 2007 nach den Angaben des Bundesamtes für Statistik 4,4 Prozent der Erwerbstätigen (2006: 4,5 Prozent), die in einem Haushalt leben, dessen Mitglieder zusammen mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten (vgl. BFS 2009a). Dies entspricht ungefähr 147.000 Personen. Die Armutsquote der 20 bis 59-jährigen betrug 8,8 Prozent. Das sind rund 380.000 Personen. Die erwerbstätigen Armen machen somit rund 39 Prozent der Armutsbevölkerung im Erwerbsalter unter sechzig Jahren aus. Hohe Quoten an Working-Poor haben laut BFS kinderreiche Familien (18,0 Prozent), Erwerbstätige ohne nachobligatorische Ausbildung (12,5 Prozent), Selbständige ohne Angestellte (10,7 Prozent), Alleinerziehende (9,9 Prozent), Erwerbstätige mit einem befristeten Vertrag (9,1 Prozent), Personen ausländischer Staatszugehörigkeit (7,9 Prozent) und Erwerbstätige nach einem Erwerbsunterbruch (7,8 Prozent). Das Einkommen der armen Bevölkerung im Alter von 20 bis 59 Jahren lag nach diesen Angaben im Jahr 2007 im Durchschnitt 21 Prozent unterhalb des Betrags, der als Armutsgrenze definiert ist. Die Hälfte der Armutsbevölkerung verfügte damals über ein Einkommen, das mindestens 16 Prozent tiefer als die Armutsgrenze war. Bei den Working-Poor ist die durchschnittliche Lücke kleiner (17 Prozent). Sie sind deshalb laut BFS nicht nur weniger von Armut betroffen, sondern auch weniger arm. Im Jahr 2008 betrug die Quote der Working-Poor sogar nur noch 3,8 Prozent (vgl. BFS 2011, 88). Das entspricht ungefähr 118'000 Personen. Der Wert sei damit gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent zurückgegangen. Für das Jahr 2007 gibt das BFS noch 4,8 Prozent an. Die Quote der Working-Poor folge damit mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung der vorübergehend günstigen Konjunktorentwicklung und der sinkenden Arbeitslosenquote. Perso-

nen mit Kindern weisen gegenüber diesen neueren Angaben nach wie vor ein erhöhtes Risiko auf. Alleinerziehende Erwerbstätige sind mit einer Quote von 9,4 Prozent deutlich häufiger betroffen als die Grundgesamtheit. Gleiches gilt für erwerbstätige Paare mit drei und mehr Kindern (11,3 Prozent) sowie Ausländerinnen und Ausländer (6,7 Prozent).

Die Zahlen dürften heute als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise eher höher sein, wobei schon die früheren Angaben die Situation beschönigten. Sie orientieren sich an einer hohen Erwerbsquote von über 90 Prozent. Viele Alleinerziehende befinden sich wegen ihren Betreuungspflichten unter dieser Quote. Sie sind aber gleichwohl Working-Poor, auch wenn sie quasi offiziell unberücksichtigt bleiben. Beziehen wir ferner die Kinder aller Working-Poor Haushalte sowie weitere nicht erwerbstätige Angehörige ein, dann steigt die Quote der Working-Poor um mehr als 200 Prozent. Die offiziellen Zahlen verbergen diese Situation. Sie sind sehr interpretationsbedürftig und auch mit der Frage zu verknüpfen, was hinter der vermeintlichen Abnahme bzw. der eigentlichen Zunahme von Working-Poor steckt.

⇒ 3 Weniger zum Leben

Mit der Verschärfung der internationalen Konkurrenz setzt sich seit der rigorosen Marktöffnung von 1989 vermehrt ein angelsächsischer Markt-Liberalismus durch. Er überlagert das politisch-liberale Verständnis, das Kapital und Arbeit als mehr oder weniger gleichwertig betrachtete. Der angelsächsische Neo-Liberalismus forciert die Kapitalgewinne und die Rationalisierung der Produktion. Da es mit der Verteilung hapert, nimmt seither in der Schweiz die Erwerbslosigkeit zu. Zudem sinken die freien verfügbaren Einkommen bei einem Teil der niedrigen Lohnkategorien. Die freien verfügbaren Einkommen gehen von den Löhnen und Transferzahlungen aus und ziehen davon die Ausgaben für Steuern, Versicherungen, Mieten und die Gesundheit ab. Dies im Unterschied zu andern Berechnungen (etwa der OECD), die sich auf durchschnittliche Nominallöhne abstützen. Die untersten 25 Prozent der Einzelhaushalte hatten im Jahr 2008 real weniger Geld zum Leben als 1998 (vgl. Lampart/Gallusser 2011, 5). 400.000 Arbeitnehmende haben heute bei einer 100 Prozent-Anstellung einen Lohn unter dem vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund vorgeschlagenen Mindestlohn von 4.000 Franken (etwa 3.000 Euro) im Monat. Das sind 22 Franken pro Stunde. Damit verschärft sich die soziale Brisanz. Und so betrachtet ergibt sich auch eine deutlich höhere Quote an Working-Poor, als das Bundesamt für

Statistik ausweist. Und das betrifft vor allem auch viele Kinder und Jugendliche.

Wenn Eltern in Niedriglohnbereichen viel arbeiten und wenig verdienen, erbringen die Kinder und Jugendlichen zusätzliche Leistungen. Sie übernehmen Haus- und Betreuungsarbeiten und müssen früh erwachsen sein und ihre Eltern unterstützen. Familien, die in unserer individualisierten Gesellschaft den Anschluss verpassen, scheinen selbst verantwortlich zu sein. Das erhöht den Druck auf alle Mitglieder, auch auf die Kinder und Jugendlichen. Sie wollen dazu gehören und stolz auf ihre Eltern sein. In einer Gesellschaft des Wohlstands verbergen viele Kinder und Jugendliche ihre Armut. Sie tun, als sei alles normal. Diese Unstimmigkeit stresst. Kinder und Jugendliche erfüllen Erwartungen, um Fassaden zu erhalten. Sie beschönigen ihre Betroffenheit und entlasten sich so vom Druck, etwas zu verändern, was neue Defiziterfahrungen mit sich bringen könnte.

⇒ 4 Andere gehen shoppen

Nicole war siebzehn Jahre jung, als wir uns im Jahr 2004 erstmals trafen. Sie besuchte damals das Gymnasium und stand kurz vor dem Abitur. Ihre alleinerziehende Mutter arbeitete Vollzeit als Wäscherin und verdiente netto weniger als 3.000 Franken (bzw. etwas mehr als 2.000 Euro). »Es ist nicht leicht unter solchen Umständen zu leben«, erklärte mir Nicole. »Oft muss ich mich in Sachen einschränken, die für andere selbstverständlich sind.« So habe sie vor einigen Monaten letztmals ein neues Kleidungsstück gekauft. »Andere gehen jedes Wochenende shoppen.« Auch beim Ausgang schränke sie sich stark ein: »Schon nur für einen Abend im Kino oder im Theater muss man zwanzig Franken ausgeben.« Da sie monatlich ein Taschengeld von sechzig Franken habe, das für Kleider, Freizeit, Geschenke und alles andere reichen müsse, könne sie sich dieses Vergnügen höchstens einmal im Monat leisten. Von ihren Mitschülerinnen werde ihr jedoch oft etwas spendiert, »so dass ich nicht immer zu Hause bleiben muss, während andere ihren Spass haben«. Doch diese Hilfe sei für sie nicht immer leicht zu ertragen.

Um weniger auf Unterstützung angewiesen zu sein, führte Nicole zweimal in der Woche Hunde aus. Mit diesem Job sei ihr »ein richtiger Glücksgriff« gelungen. Manchmal hadere sie zwar damit, »aus solchen sozialen Verhältnissen zu kommen«. Aber die schwierige Situation habe auch positive Seiten: »Da meine Eltern schon seit meinem zehnten Lebensjahr geschieden sind und meine Mutter als Alleinerziehende arbeiten gehen muss, lernte ich schon früh selbst-

ständig zu werden.« Bereits in der vierten Primarklasse musste sie selbst dafür sorgen, dass sie etwas zum Mittagessen hatte, während andere zuhause ein fertig zubereitetes Essen vorgesetzt bekamen. »Das war manchmal hart, doch mittlerweile bin ich froh. Ich habe viel aus all dem gelernt und werde es später bestimmt leichter haben, als Kinder, die ihr ganzes Leben lang mit Geld verwöhnt wurden und dann plötzlich auf eigenen Beinen stehen müssen.« Als hilfreich beschrieb Nicole auch »zu wissen, nicht alleine zu sein«. Inzwischen hat sie ein Soziologiestudium abgeschlossen und bei einem Grossunternehmen eine gut bezahlte Anstellung gefunden. Das ist erfreulich, aber bei Kindern und Jugendlichen, die von Armut betroffen sind, eher selten der Fall. Dies auch deshalb, weil der Verlust an Selbstwert langfristig wirkt. Armut beeinträchtigt die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen und ihr psychisches Wohl. Viele fühlen sich gestresst und entwickeln Schulschwächen. Der erfahrene Mangel prägt die Kinder und Jugendlichen zeitlebens. Zu wenig Einkommen strapaziert die Beziehungen. Um den familiären Zusammenhalt zu festigen, leisten Kinder und Jugendliche viel emotionale Hilfe, die sie selbst benötigen würden.

⇒ 5 Paradigmenwechsel

Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Massnahmen sollen das Ausmass der Working-Poor in der Schweiz reduzieren und auch verhindern, dass Working-Poor auf Zusatzleistungen der Sozialhilfe angewiesen sind. Ein Minimallohn von wenigstens 3.000 Franken ist heute in den meisten Gesamtarbeitsverträgen festgeschrieben. In der sozialpolitischen Diskussion sind darüber hinaus steuerliche Entlastungen für Familien, erwerbsabhängige Ergänzungsleistungen für Familien, eine Erhöhung der Kinderzulagen und eine Ausweitung des Angebots für die familienergänzende Kinderbetreuung geplant. Aktuelle Reformen drängen allerdings darauf, vornehmlich Kosten zu sparen, statt Probleme zu bewältigen und die Lage von sozial Benachteiligten zu verbessern.

Im so genannten Post-Wohlfahrtsstaat lässt sich ein Paradigmenwechsel feststellen. Er führt von einer statusorientierten Sozialpolitik zu einer sozialinvestiven Sozialpolitik. Im Vordergrund steht das Konzept eines aktivierenden Sozialstaates, der die Verantwortlichkeiten zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaften neu aufteilen und die Rechte und Pflichten gesellschaftlicher Akteure neu definieren soll (Dahme/Wohlfahrt 2005). In der Schweiz vollzieht sich bereits seit einigen Jahren ein Umbau vom Keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum

neoliberalen Post-Wohlfahrtsstaat. Das zeigt sich (laut Wyss 2007) deutlich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Ein Ziel ist die Aktivierung jener, die Leistungen erhalten. Als Leitsatz gilt: fördern und fordern. So entstehen neue Kontrollen und Sanktionen; etwa in der Arbeitslosen- und Invalidenversicherung. Wer Sozialhilfe bezieht, erhält auch die Auflage, Gegenleistungen zu erbringen. Sonst drohen Kürzungen der Mittel. Die Sozialhilfe will ihre Anstrengungen aber besonders auf jene Klientinnen und Klienten konzentrieren, die am meisten Chancen haben, sich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Zu diesen Anstrengungen gehören die Suche nach einer neuen (besser bezahlten) Anstellung oder die Ausweitung des Erwerbsgrades (durch die Erhöhung der Arbeitsstunden) von Working-Poor. Ob entsprechende Massnahmen die Integration tatsächlich fördern, untersuchten wir bereits im Rahmen der vorgestellten Studie (Kutzer u. a. 2004), auf die ich später weiter zurückkomme. Die Integration definierten wir zunächst als Prozess des Einbezugs in ein Geflecht sozialer Beziehungen. Sie ermöglicht den Individuen die aktive Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Gefüge. Der Ausschluss bezieht sich hingegen auf gegenläufige Prozesse der Loslösung und Entkopplung.

Konzeptionell gehen die Begriffe der Inklusion und Exklusion auf klassische Ansätze zurück, auf Max Webers soziale Schliessungen, auf Emile Durkheims Anomie und auf Georg Simmels integrative Unterscheidung zwischen Drinnen und Draussen. Die Begriffe Inklusion und Exklusion werden auch systemtheoretisch verwendet: Talcott Parsons versteht in seiner strukturell funktionalen Theorie die Inklusion als Beteiligung von Bevölkerungsgruppen in Sozialsystemen. Und Niklas Luhmann unterscheidet zwischen einer ersten und einer zweiten Exklusion. Die erste Exklusion ist mit der Inklusion eng verknüpft: Individuen sind immer nur teilinkludiert (in einzelne Funktionssysteme) und zugleich teilexkludiert (aus anderen Teilsystemen). Als Teilausschluss ermöglicht sie eine gewisse Eigenständigkeit (vgl. Kronauer 1998, 2). Die zweite Exklusion fasst den Ausschluss kategorischer. Luhmann entdeckte sie vorwiegend in marginalisierten Bevölkerungsschichten in Lateinamerika. Seine (späten) Beobachtungen liessen ihn annehmen, dass bei extrem Armutsbetroffenen doch eine fast vollständige Exklusion aus quasi allen Funktionssystemen möglich sei. Nassehi diskutiert Inklusion und Exklusion ebenfalls aus systemtheoretischer Sicht (vgl. Nassehi 1997, 137). Er wendet sich in seinem Vorschlag dagegen, Desintegration primär als Verlustdiagnose zu betrachten. Die dynamische Armutsforschung betont soziale Faktoren der Inklusion und Exklusion. Robert Castel versteht die Exklusion als

Prozess der Entkoppelung. Er nennt sie *désaffiliation*. Dieser Ansatz ist wichtig, weil er vor allem auch die Minderung einseitiger Abhängigkeiten ins Auge fasst. Serge Paugam spricht von *disqualification sociale* und zeigt damit, wie wichtig etwa die Statusfrage und die mehr oder weniger feinen Formen der Diskriminierung sind.

⇒ 6 Stigmatisierung

Die Verknüpfung von Inklusion und Exklusion untersuchten wir in einer weiteren Studie (vgl. Kutzner 2009). Dies im Rahmen des Nationalfondsprogramms Integration und Ausschluss (NFP 51). Dabei interessierte, wie sich die Kategorisierung auswirkt, nach welcher die Sozialhilfe ihre Klientel einteilt. Als wichtigstes Kriterium gilt die mögliche Integration in die Erwerbsarbeit. In die erste Gruppe kommt, wer die grösste Arbeitsmarktnähe hat. Die Sozialhilfe konzentriert ihre Anstrengungen auf Sozialhilfeabhängige, die noch intakte Chancen haben, im ersten Arbeitsmarkt eine Beschäftigung zu finden. Zu dieser ersten Gruppe gehören vor allem auch Working-Poor. Sie erhalten weniger Mittel für den Grundbedarf, aber mehr Geld, wenn sie ihre Erwerbsintegration ausdehnen. Die finanziellen Anreize erweitern dann den Handlungsspielraum, was etliche Sozialhilfeabhängige schätzen. Sie fühlen sich ernst genommen, stärker beachtet und akzeptieren dafür mögliche finanzielle Einbussen. Andere Sozialhilfeabhängige fühlen sich durch die privatisierten Risiken mehr gestresst. Sie erleben unter diesen Bedingungen selbst die erfolgreiche Erwerbsintegration als Ausschluss. Auch, weil diese Integration primär im prekären Niedriglohnsektor stattfindet, was wiederum soziale Beziehungen belastet und zu einem (Teil-)Ausschluss durch Integration führen kann.

Eine zweite Gruppe bilden nach der Kategorisierung der Sozialhilfe die Personen, die zwar nicht mehr für den ersten Arbeitsmarkt in Frage kommen, aber für den zweiten, geschützten Arbeitsmarkt oder für Gegenleistungsmodelle. Bei den Gegenleistungen hängt die Unterstützung von der Bereitschaft der Arbeitssuchenden ab, eine sozial, kulturell oder ökologisch relevante Arbeit zu verrichten. Ich gehe hier nicht weiter auf diesen speziellen Integrationstyp ein. Er wird derzeit viel unter dem Aspekt der sozialen Disziplinierung diskutiert (Mäder 2012). Kritiken beziehen sich etwa darauf, dass irgendwelche Arbeiten zu verrichten sind, egal ob sie wirklich nützlich sind. Hinzu kommt die Gefahr, mit niedrigen Löhnen vereinbarte Standards zu unterlaufen.

Eine dritte Gruppe bilden Sozialhilfeabhängige, die sich laut Sozialhilfe weder in den ersten Arbeitsmarkt integrieren können, noch in der Lage sind, als Gegenleistung für ihre Unterstützung gemeinnützige Tätigkeiten zu verrichten. Sie erhalten das Geld mit weniger Auflagen als die anderen beiden Gruppen. Einzelne beschreiben dies als Vereinfachung, da sie auf pro forma Bewerbungen verzichten und damit mehr das tun können, was sie gerne tun. Der Ausschluss aus der Erwerbsarbeit gibt ihnen somit die Möglichkeit, sich um ihre soziale Integration zu kümmern. Der Ausschluss fördert also ihre mittelfristigen Integrationschancen. Das scheint auf den ersten Blick zwar widersprüchlich, hat aber eine eigene Logik. Ein Journalist, der psychisch erkrankt ist, kann zum Beispiel dank der Verortung in dieser Gruppe der Abgeschobenen nach eigener Aussage nun interessante Geschichten schreiben statt Kurzmeldungen für den Medienmarkt zu produzieren. Andere Personen wiederum, die zu dieser dritten Gruppe der Ausgemusterten gehören, suchen verzweifelt einen ›richtigen Job‹. Sie wehren sich gegen die vorgenommene Kategorisierung, die sie als Stigmatisierung erleben. »Ich will Arbeit und keine Rente«, sagt eine gut fünfzigjährige Bezügerin von Sozialhilfe. Sie spricht mehrere Sprachen, hat schon zwei Bücher publiziert und versteht nicht, warum ihr die Behörden eine richtige Arbeit verwehren. Sie erlebt den Ausschluss nicht als Chance zur sozialen Integration, obwohl sie gerne Bilder malt und ausstellt, aber das lieber nur als wirkliche Freizeitbeschäftigung.

⇒ 7 Integration und Ausschluss

In unserer früheren Basler Armutsstudie (Mäder u. a. 1991) untersuchten wir bereits die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss. Zwei Aspekte aus dieser Studie möchte ich zur Ergänzung der aktuellen Befunde aufgreifen. Wir beurteilten nämlich seinerzeit die Dynamik zwischen Integration und Ausschluss teilweise anders als in unseren neuen Studien über die Sozialhilfe (Kutzner u. a. 2009) und über die Working-Poor (Kutzner u. a. 2004). Damals überwog der Eindruck, bei den Armutsbetroffenen seien insbesondere die Working-Poor als erwerbstätige Arme relativ gut integriert. Sie bräuchten, so nahmen wir damals an, ähnlich wie die Alleinerziehenden vorwiegend mehr Geld, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. In unserer Studie über die Working-Poor stellen wir indes eine Kumulation sozialer Problemlagen fest, die sich mit anhaltender Abhängigkeit ergibt und selbst bei zunehmender Erwerbsintegration gleichzeitig gegenläufige Ausschlusstendenzen verstärkt.

Zur Veranschaulichung: Wir analysierten die soziale Lage von 260 aktuellen und 140 ehemaligen Working-Poor. Von Letzteren erzielten rund 25 Prozent mehr Einkommen dank einer Weiterbildung. Weitere 25 Prozent erhöhten ihr Salär, weil sie zusätzliche Jobs zu vorwiegend prekären Arbeitsbedingungen annahmen. Noch einmal 25 Prozent stabilisierten ihre Situation über eine Sozialversicherung (AHV, IV). Die restlichen 25 Prozent steigerten ihr Einkommen durch die Veränderung der Lebensform, beispielsweise durch Heirat (mit Doppelverdienst) oder durch endende Unterstützungspflichten (Auszug von Kindern). Etliche konnten sich auch deshalb finanziell verbessern, weil sie in kleinere, günstigere Wohnungen (in Quartieren mit hoher Verkehrsdichte) zogen.

Bei der Basler Armutsstudie (Mäder u. a. 1991) fiel uns auch ein starker innerer Rückzug sozial Benachteiligter auf. »Ich bin selber schuld, dass ich so wenig verdiene; ich hätte halt früher in der Schule besser aufpassen müssen«, sagte uns etwa eine allein erziehende Verkäuferin. Sie fand auch den Anstieg der Mietkosten in Ordnung, die sie kaum bezahlen kann. Viele der interviewten Armutsbetroffenen fühlten sich relativ stark für die Verhältnisse verantwortlich, die primär gesellschaftlich verursacht sind. Wir erklärten uns diesen inneren Rückzug durch den hohen gesellschaftlichen Individualisierungsgrad und die verbreitete Tabuisierung der Armut. Das Schweigen führt demnach dazu, dass Betroffene nach außen den Anschein erwecken, alles sei in bester Ordnung, auch wenn sie selbst einen hohen Leidensdruck verspüren. Heute weisen etliche Anzeichen darauf hin, dass sich resignative Haltungen und depressive Verstimmungen teilweise auch in Empörung verwandeln. Das mag mit Informationen über abgehobene Managerlöhne und mit der persönlichen Wahrnehmung sozialer Ungleichheit zu tun haben. Wenn Eltern erleben, wie ihre Kinder keine Lehrstelle finden, während andere sehr hohe Saläre erzielen, empfinden sie Wut. Ähnliches zeigt sich bei Personen, die viel arbeiten, selbst kaum das Existenzminimum erreichen und immer wieder von Einkommen lesen, die das eigene um ein Mehrfaches übersteigen. Die Wut kann sich allerdings unterschiedlich auswirken. Sie kann sowohl die Bereitschaft fördern, sich mehr für die eigenen Interessen einzusetzen, als auch die Gefahr erhöhen, Halt bei autoritären und populistischen Kräften zu suchen, die eine rigide Ordnungsruhe mit strukturellen Ausgrenzungen anstreben.

⇒ 8 Inmitten des Reichtums

Gegenwärtig ist in der Schweiz vornehmlich die Sozialhilfe für die Working-Poor zuständig. Die Sozialhilfe ist jedoch gar nicht für eine solche Problematik, wie sie Working-Poor-Haushalte haben, eingerichtet. Als Institution ist sie auf die Überbrückung von individuellen Notfällen vorgesehen. Wird für Working-Poor-Haushalte ergänzend Sozialhilfe bezahlt, ist das faktisch eine Subventionierung niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse und eine Kompensation der ungenügend ausgeformten Sozialpolitik. Für die sozialhilfebeziehenden Working-Poor bedeutet Armut nicht nur Einkommensschwäche, sondern eine Kumulation verschiedener Probleme. Der Bezug von Sozialhilfe wird von Working-Poor (abgesehen von allein erziehenden Müttern) vorwiegend als Nothilfe angesehen. Sozialhilfebeziehende Working-Poor streben die Ablösung von der Sozialhilfe an und würden es bereits als deutliche Verbesserung ansehen, wenn sie ihren Lebensunterhalt ausschliesslich aus dem Erwerbseinkommen bestreiten könnten. Alleinerziehende Frauen betrachten die ergänzend zum Erwerbseinkommen ausgerichtete Sozialhilfe hingegen als weniger diskriminierend, da sie wegen familiärer Verpflichtungen ihren Erwerbsgrad nicht weiter ausdehnen können.

Der Schweizerische Bundesrat (2010) will armutsbetroffene Kinder beim Schuleintritt, bei den Hausaufgaben und während der ganzen Schulzeit unterstützen. Er will auch die soziale Integration von armen Familien fördern. Das ist gewiss wichtig, aber von beschränkter Reichweite, wenn der finanzielle Stress bleibt. Nach dem Zweiten Weltkrieg verbesserten in der Schweiz breite Bevölkerungsteile ihre materielle Lebenssituation. Mit den rezessiven Einbrüchen der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts veränderte sich die Situation. Die soziale Ungleichheit verschärfte sich deutlich, denn erstens nahm seither die Erwerbslosigkeit wieder zu. Zweitens halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt, was vor allem zu einer Zunahme der Working-Poor führt. Drittens orientiert sich das System der Sozialen Sicherheit einseitig an der Erwerbsarbeit. Und viertens erhöht sich die Kluft zwischen den oberen und unteren Einkommen und Vermögen. Working-Poor und andere Arme leben inmitten des Reichtums. Das verschärft die soziale Brisanz. Wichtig ist für sie, dass sich ihr Zugang zur Erwerbsarbeit verbessert und die unteren Einkommen angehoben werden. Ergänzend gilt es, die soziale Sicherung auszuweiten. Die reiche Schweiz kann sich das erlauben.

Seit 1989 driftet die soziale Ungleichheit in der Schweiz allerdings stark auseinander. Ein Prozent der privaten Steuerpflichtigen hat mehr steuerbares Nettovermögen als die übrigen 99 Prozent (vgl. Credit Suisse 2010). Die Vermögen der 300 Reichsten stiegen (trotz Einbußen durch die Finanzkrise) von 86 Milliarden im Jahr 1989 auf 470 Milliarden Franken im Jahr 2009 (vgl. Bilanz 03.12.2010), wobei die Hälfte der Reichen durch Erbschaften reich geworden ist. 10 Prozent der Erben erhalten drei Viertel der Erbschaften. Und von den gut 40 Milliarden Franken, die 2010 vererbt wurden, erhielten Millionäre mehr als die Hälfte. Oligarchische Prozesse unterlaufen so meritokratische. Schweizer Banken verwalten über 4.000 Milliarden Franken private Vermögen. Gut die Hälfte davon kommt aus dem Ausland. Mit einem Marktanteil von 27 Prozent ist die Schweiz der größte Offshore-Finanzplatz der Welt. Ein Offshore-Finanzplatz ist eine Steueroase mit hoher Vertraulichkeit, aber wenig Aufsicht und Regulierung. Dabei erweist sich die politische Stabilität als zentral; zusammen mit der Verschwiegenheit und Bereitschaft der Banken, Steuerhinterziehung zu fördern. Die Schweiz nimmt auch bei den direkten Investitionen im Ausland mit 632 Milliarden Franken weltweit den vierten Platz ein. Und Schweizer Investoren spielen auf dem internationalen Markt für Hedgefonds eine zentrale Rolle. Hedgefonds verfolgen eine spekulative Anlagestrategie. Sie gehen für hohe Gewinne hohe Risiken ein. Jeder siebte Franken, der in London oder New York in Hedgefonds fließt, kommt aus der Schweiz. Die Schweiz ist also ein enorm reiches Land.

Trotz Reichtum gibt die Schweiz, gemessen am Brutto-Inlandprodukt, seit dem Jahr 2005 weniger Geld für die soziale Sicherheit aus. Im Jahr 2008 sind die Einnahmen der Sozialversicherungen mit 3,4% wiederum stärker gestiegen als die Ausgaben (2,7%) von insgesamt 124 Mrd. Franken (2008). Und die Sozialleistungsquote ist von 22,3% (2005) auf 20,5% (2008) gesunken (BSV 2010). Das bedeutet, dass sich die soziale Sicherheit selbst finanziert und die Anteile der Ausgaben am Bruttosozialprodukt rückläufig sind. Dieser Befund mag erstaunen; denn populistisch geführte Debatten erwecken immer wieder den trügerischen Anschein, die soziale Sicherheit liesse sich kaum mehr finanzieren. Sie unterschlagen den Überschuss der Einnahmen. Und sie vernachlässigen auch, wie die Renten rentieren und über Konsumausgaben viel Arbeit schaffen. Die sozialen Leistungen sind allerdings auch sonst wichtig und dem Wandel der Lebensformen anzupassen. Sie müssen beispielsweise die Lebenslagen allein erziehender Mütter berücksichtigen. Ein Ausbau der sozialen Sicherung

ist auch finanzierbar! Zum Beispiel über die privaten Vermögen der erwähnten 300 Reichsten.

⇒ 9 Perspektiven

Geld ist in der reichen Schweiz viel vorhanden. Aber mit der Verteilung hapert es. Das gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wichtig ist eine soziale Sicherheit, die auch populistischen Ideologien viel Nährboden entzieht. Eine konkrete Möglichkeit sind Ergänzungsleistungen für Familien mit Kindern oder für alle Haushalte mit zu wenig Einkommen. Wichtig sind auch höhere Grundlöhne. Sie könnten die finanzielle und gesundheitliche Situation armutsbetroffener Familien zusätzlich verbessern. Mehr Egalität und sozialer Ausgleich erhöhen auch das psychische Wohl. Sie verbessern zudem die Voraussetzungen zur Teilhabe an der Gesellschaft. Für die berufliche Integration ist ferner der Zugang zu Ausbildung bedeutend. Unsere Gesellschaft sollte allen Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen. Ebenfalls wichtig sind kommunikative und gestaltbare Quartiersstrukturen. Die Existenzsicherung und der soziale Ausgleich sind gesellschaftlich zu vereinbaren. Der Reichtum muss allen zu Gute kommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Andere haben viel dazu beigetragen. Das Geld sollte vermehrt dorthin fließen, wo es Existenzen sichert und ein lebendiges Leben ermöglicht. Einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht. Die vielen Working-Poor verdeutlichen, dass Erwerbstätigkeit nicht notwendig vor Armut schützt. Sie deuten an, wie zwiespältig das Ideal der Arbeitsgesellschaft ist. Es verspricht allen, die sich qua Lebensführung den Erfordernissen der Erwerbsarbeit anpassen, ein materiell gesichertes Leben. Bei den Working-Poor zeigt sich, wie trügerisch dieses Ideal ist. Wenn Erwerbsarbeit jedoch nicht mehr garantiert, ein Leben oberhalb der politisch festgelegten Armutsschwelle führen zu können, ist auch eine Zunahme von Anomie und Abweichungen bestehender Normen zu erwarten. Weitere Folgen sind die allmähliche Erosion der Arbeitsethik und die Verbreitung illegaler Beschäftigungsverhältnisse. Das verdeutlicht, dass für die Problematik der Working-Poor nicht einfach die Sozialhilfe, sondern die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig ist. Arbeit und Erlös sind gerechter zu verteilen. Und damit sich einseitige Abhängigkeiten wirklich mindern lassen, ist vor allem auch die demokratische Teilhabe in der Wirtschaft auszuweiten.

Mit der starken Öffnung und Deregulierung der Märkte konzentrierte die Wirtschaft von 1989 bis 2009 ihren Einfluss. Die Politik, die eigent-

lich ein kritisches Korrektiv sein sollte, liess sich stark instrumentalisieren und verlor an Gewicht. Sie versucht aber seit der Finanz- und Wirtschaftskrise, wieder etwas eigenständiger zu agieren und sich als Regulativ zu formieren. Und das ist nötig. Aus meiner Sicht geht es vor allem darum, den sozialen Ausgleich mehr zu fördern und strukturell zu festigen. Wer sich allerdings für den sozialen Ausgleich und Mindestlöhne engagiert, setzt sich leicht dem Vorwurf aus, Arbeitsplätze zu vernichten. Diese Argumentation spielt auch in der Vermögensdebatte mit. Wer eine progressive Besteuerung fordert, wird gleich bezichtigt, mit einer Reichtums-Steuer die Kapitalflucht anzukurbeln. Die hohen Einkommen entmutigen jedoch viele, die hart arbeiten und auf keinen grünen Zweig kommen. Zudem erhöhen die konzentrierten Vermögen den einseitigen Einfluss von Wohlhabenden. Sie unterlaufen auch demokratische Prozesse. Einzelne Reiche weisen selbst auf diese Gefahren hin. Sie wollen mit einer freiwilligen Umverteilung den Arbeitsfrieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Das ist erfreulich. Aber bei der Bewältigung von Armut auf Freiwilligkeit zu setzen, darauf ist kein Verlass. Die Existenzsicherung ist gesellschaftlich zu vereinbaren. Wir können uns den einseitig angeeigneten Reichtum nicht länger erlauben. Der Reichtum muss allen mehr zugutekommen. Die Reichen haben ihn nicht selbst erwirtschaftet. Ärmere haben viel dazu beigetragen. Und einer Gesellschaft geht es gut, wenn es möglichst allen gut geht.

⇒ Literaturverzeichnis

Bourdieu, Pierre (1993): La misère du monde, Paris: Seuil.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (2010): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2010, Bern: Eidgenössisches Departement des Innern.

Bundesamt für Sozialversicherungen BSV (2013): Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2013, Bern: Eidgenössisches Departement des Innern.

Bundesamt für Statistik BFS (2009a): Newsletter, Nr. 3, Neuenburg, 21.4.2009.

Bundesamt für Statistik, BFS (2011): Statistischer Sozialbericht 2011, Bericht des Bundesrates, 18.5.2011.

Bundesamt für Statistik BFS (2012): Regionale Disparitäten in der Schweiz, Neuenburg: EDI.

Bundesrat (2010): Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung, Bern, 31.03.2010.

Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage: eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: Universitätsverlag Konstanz (Erstausgabe 1992).

Credit Suisse (2010): Global Wealth Databook, Zürich: CS.

Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hg.) (2005): Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, Hohengehren: Schneider.

Kronauer, Martin (1998): »Exklusion« in der Armutsforschung und der Systemtheorie: Anmerkungen zu einer problematischen Beziehung, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 26, Göttingen: Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen, 117-126.

Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo (Hg.) (2004): Working poor in der Schweiz: Wege aus der Sozialhilfe, Zürich: Rüegger.

Kutzner, Stefan; Mäder, Ueli; Knöpfel, Carlo; Heinzmann, Claudia; Pakoci, Daniel (2009): Sozialhilfe in der Schweiz, Zürich: Rüegger.

Lampart, Daniel; Gallusser, David (2011): SGB-Verteilungsbericht, Dossier Nr. 77, Bern.

Luhmann, Niklas (1995): Inklusion und Exklusion, in: ders., Soziologische Aufklärung 6, Die Soziologie und der Mensch, Opladen: Westdeutscher Verlag, 237-264.

Mäder, Ueli; Biedermann, Franziska; Schmassmann, Hector; Fischer, Barbara (1991): Armut in Basel-Stadt, Social Strategies, Basel: Karger&Libri.

Mäder, Ueli; Jey Aratnam, Ganga; Schilliger, Sarah (2010): Wie Reiche denken und lenken, Zürich: Rotpunktverlag.

Mäder, Ueli; Aebersold, Peter; Mugier, Simon (2012): Soziale Kontrolle und Disziplinierung, gesowip, Basel: Gesowip, Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Publikationen.

Mäder, Ueli; Schmassmann, Hector (2012): Soziale Bedingungen psychischer Belastungen, in: Schweizer Archiv für Neurologie und Psychiatrie, Muttenz, 2012, 187-191.

Nassehi, Armin (1997): Inklusion, Exklusion-Integration, Desintegration, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg), Was hält die Gesellschaft zusammen? Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 113-149.

Paugam, Serge (2000): Le salarié de la précarité. Les nouvelles formes de l'intégration professionnelle. Paris: PUF.

Parsons, Talcott (1951): The Social System, London: The Free Press.
Weber, Max (1980): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen: Mohr Siebeck.

Wyss, Kurt (2007): Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus, Zürich: edition 8.

Zitationsvorschlag:

Ueli Mäder (2014): Arm, erwerbstätig und prekariert. (Ethik und Gesellschaft 2/2014: Prekäre Arbeit). Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-2-2014_Maeder.pdf (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft

ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2014: Prekäre Arbeit

Klaus Dörre

Prekarität als Konzept kritischer Gesellschaftsanalyse – Zwischenbilanz und Ausblick

Ueli Mäder

Arm, erwerbstätig und prekariert

Sabine Plonz

Prekariierung. Geschlechterperspektive. Ethik

Michèle Amacker

Precare. Prekarität im Lebenszusammenhang: Die zwei Gesichter der *Care*-Prekarität

Traugott Jähnichen

Prekariierung der Arbeit – internationale Realität oder Schimäre: Zur deutschen Situation und zur Positionierung der EKD

Torsten Meireis

Prekäre Gerechtigkeit – zur ethischen Bewertung zunehmender Unsicherheit im Erwerbskontext

Christoph Sigrist

Die sozialetische Herausforderung aus sozialdiakonischer Sicht